

Antrag

der Abg. Friedrich Haag und Frank Bonath u. a. FDP/DVP

Die Deutsche Umwelthilfe und das Land Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Ministerien oder Landesbehörden der Deutsche Umwelthilfe (DUH) seit dem Jahr 2018 Gutachten, Analysen, Beratungsaufgaben oder Projekte vergeben haben (unter genauer Auflistung der Aufträge);
2. welche Fördermittel oder sonstigen Zuschüsse die DUH vom Land Baden-Württemberg bzw. Landesbehörden oder sonstigen vom Land geförderten Einrichtungen seit 2018 erhalten hat (unter Auflistung der einzelnen Fördersummen und -projekte);
3. welche Projekte die DUH in Baden-Württemberg seit 2018 betreibt;
4. wie viele Verfahren der DUH gegen Körperschaften des Öffentlichen Rechts erfolgt sind bzw. noch anhängig bei Gerichten in Baden-Württemberg seit 2018 bis heute sind;
5. inwiefern sie die Gemeinnützigkeit der DUH als gegeben ansieht, wenn die DUH als Umwelt- und Klimaschutzorganisation einem Gasverband eine kommerzielle Lobby-Kampagne für fossiles Erdgas vorgeschlagen hat;
6. welche ähnlichen Angebote für bezahlte Lobbyarbeit sie bzw. Landesbehörden oder vom Land geförderte Einrichtungen in den vergangenen Jahren von der DUH erhalten haben (unter Auflistung der konkreten Vorschläge);
7. inwiefern sie die DUH-Einnahmequelle (durch Abmahnungen) und die dafür öffentlich kommunizierte Bezeichnung „Ökologische Marktbeobachtung“ für legitim sowie vereinbar mit der Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe hält;
8. inwiefern sie die Ziele der DUH nach wie vor als gemeinnützig nach §52 der Abgabenordnung ansieht und rechtfertigen sie das bestehende Verbandsklagerecht;
9. welche Gründe der Landesregierung bekannt sind, wonach die DUH, entgegen den Forderungen der „Allianz für Lobbytransparenz“, die Offenlegung der Großspender aus dem Jahr 2021 verweigert.

05.07.2024

Haag, Bonath, Karrais, Hoher, Haußmann, Dr. Kern, Weinmann, Birnstock, Brauer, Fischer, Heitlinger, Dr. Jung, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ist ein gemeinnützig anerkannter Verein. Seit dem Jahr 2004 ist sie zudem vom Bundesverwaltungsamt als klageberechtigter Verbraucherschutzverband anerkannt. Finanziert

wird die DUH auch durch öffentliche Mittel. Die Bundesgeschäftsstelle und der Regionalverband Süd Deutsche Umwelthilfe e.V. haben ihren Sitz in Radolfzell am Bodensee.

Dieser Antrag zielt darauf ab, Informationen über die Beziehungen des Vereins zur Landesregierung bzw. Landesbehörden und in diesem Zusammenhang auch über mögliche finanzielle Zuwendungen durch das Land Baden-Württemberg an die DUH zu ermitteln.

Aktueller Anlass sind Presseberichte zur Finanzierung und Spendenpraxis der DUH: Darin wird beschrieben, wie die DUH einem Erdgasverband angeboten haben soll, eine dreijährige Lobby-Kampagne für fossiles Gas als Pkw-Kraftstoff zu realisieren – jedoch nur gegen Zahlung von 2,1 Millionen Euro. Außerdem weigert sich die DUH, 15 Großspenden mit einem Gesamtwert von rund 1,5 Millionen Euro aus dem Jahr 2021 offenzulegen.